

11968/AB
vom 21.11.2022 zu 12353/J (XXVII. GP)
Bundesministerium bmeia.gv.at
 Europäische und internationale
 Angelegenheiten

Mag. Alexander Schallenberg
 Bundesminister
 Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich

Herrn
 Präsidenten des Nationalrates
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Parlament
 1017 Wien

Wien, am 21. November 2022
 GZ. BMEIA 2022-0.695.713

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Reinhard Bösch, Kolleginnen und Kollegen haben am 21. September 2022 unter der Zl. 12353/J-NR/2022 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „umfassende Landesverteidigung“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

- *Wie stellt sich die Aufrechterhaltung bzw. Wiederbelebung bzw. Umsetzung der „Umfassenden Landesverteidigung – ULV“ in Ihrem Ressort dar?*
- *Was haben Sie konkret für die Aufrechterhaltung bzw. Wiederbelebung bzw. Umsetzung der ULV seit Beschluss des Nationalen Sicherheitsrates zur Umsetzung getan?*

Die gegenwärtigen Krisen – vom russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und die dadurch ausgelöste größte Migrationsbewegung in Europa seit dem 2. Weltkrieg, bis zu den Auswirkungen der Pandemie und des Klimawandels - zeigen deutlich, dass unsere Sicherheit, unsere Stabilität und unser Wohlstand nicht erst an unseren Landesgrenzen beginnen. Genau hier leistet das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA) einen Kernbeitrag für die Sicherheit der Österreicherinnen und Österreicher. Unsere über 100 Vertretungsbehörden sind in diesen herausfordernden Zeiten die Augen und Ohren der Republik, ein Frühwarnsystem und die Interessensvertretung Österreichs im Ausland.

Durch die Wahrnehmung der außen- und sicherheitspolitischen Interessen Österreichs auf europäischer und internationaler Ebene trägt das BMEIA zur umfassenden Landesverteidigung im Sinne des Art. 9a B-VG bei. Das BMEIA nutzt seine Mitgestaltungsmöglichkeiten im Bereich Sicherheit im Rahmen der Vereinten Nationen (VN), der Europäischen Union (EU), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie der Partnerschaft mit der NATO. Dabei kommt der solidarischen Mitwirkung an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) einschließlich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU eine wesentliche Bedeutung zu. Gerade der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat uns auf dramatische Weise vor Augen geführt, dass wir nicht nur von Freunden umgeben sind und Europa in Zukunft noch stärker daran arbeiten muss, selbst für seine Sicherheit und Verteidigung sorgen zu können. In diesem Rahmen tritt das BMEIA konsequent für die Wahrung und Verankerung des besonderen Charakters der Sicherheits- und Verteidigungspolitik Österreichs ein.

Der Ministerrat hat am 12. Oktober 2022 einen von der Bundesministerin für Landesverteidigung und mir gemeinsam eingebrachten Vortrag betreffend „Landesverteidigungsfinanzierungsgesetz, Stärkung der EZA, der aktiven Friedenspolitik und der Umfassenden Landesverteidigung“ angenommen. Darin wird neben der Mitwirkung an der GASP und GSVP auch auf die Entwicklungszusammenarbeit, die humanitäre Hilfe sowie eine präventive Sicherheits- und Friedenspolitik zur Stärkung der Resilienz von Partnerstaaten und -regionen verwiesen. All unsere Bemühungen, von Prävention über Krisenbewältigung und Stabilisierung bis hin zur Konfliktlösung, müssen nahtlos ineinander greifen. Dieser umfassende Ansatz zum Thema Sicherheit manifestiert sich auch in der langjährigen aktiven Amtssitzpolitik und Vermittlerrolle Österreichs sowie im Ausbau von Mediationsbemühungen und der geplanten Umsetzung von Aktivitäten des österreichischen Zivilen Friedensdienstes. Und wir leisten weiter Hilfe dort wo sie am nötigsten ist, nämlich vor Ort, und wirken damit der illegalen Migration entgegen.

Das Engagement Österreichs für Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, den Schutz der Menschenrechte und eine von diesen Werten getragene regelbasierte internationale Ordnung sind Kernbestandteile der außen- und sicherheitspolitischen Positionierung Österreichs. Ebenso der Einsatz für umfassende Initiativen im Bereich der Abrüstung und Nichtverbreitung von konventionellen und Massenvernichtungswaffen, sowie Initiativen zur Stärkung des humanitären Völkerrechts. Gerade ein Land wie Österreich braucht diese regelbasierte internationale Ordnung und ein System, in dem die Stärke des Rechts und nicht das Recht des Stärkeren gilt. Im Rahmen der Außenwirtschaftspolitik setzt sich das BMEIA für die Interessen der österreichischen Exportwirtschaft sowie für die Sicherheit von Handelsrouten und Lieferketten ein.

Mein Ressort leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der österreichischen Exportwirtschaft sowie zur Versorgungssicherheit in Österreich.

Mag. Alexander Schallenberg

